



Der Bundespräsident lässt sich über die Sorgen und Nöte der Obdachlosen informieren

Foto: © Robert Conrad www.lumabyes.com

→ **A. D.: Sie sind jetzt fast ein Jahr lang Bundespräsident. Wie fällt Ihre Bilanz der bisherigen Amtszeit aus?**

J. G.: Ich freue mich darüber, dass es mir gelingt, in Kontakt mit vielen Bürgerinnen und Bürgern zu kommen, dass ich manche ermuntern kann, sich aktiv in diese Gesellschaft einzubringen, dass ich immer mehr ehrenamtlich engagierte Frauen und Männer kennen lerne. Wenn ich erlebe, dass die Bürgergesellschaft stärker wird, dann macht mich das glücklich.

A. D.: Welche Gestaltungsmöglichkeiten haben Sie als Bundespräsident und wie nutzen Sie diese Möglichkeiten?

J. G.: Na, zunächst mal darf sich niemand vorstellen, der Bundespräsident sei eine Art letzte Instanz, die es richten kann, wenn andere in der Politik etwas falsch machen. Der Bundespräsident kann die Verwaltung nicht anweisen. Er kann keine Gesetze erlassen, sondern nur prüfen, ob es verfassungsrechtliche Bedenken gibt. Er kann die Politik nicht so unmittelbar gestalten wie ein Kanzler oder Minister; aber er kann in Reden oder Interviews deuten und vermitteln, was gerade im Land geschieht. Er kann Diskussionen anstoßen oder moderieren. Ich betrachte den Bundespräsidenten auch als eine Art Übersetzer zwischen der operativen Politik und den Bürgern. Er hört sich deren Fragen und Nöte an und debattiert sie mit Regierungsmitgliedern oder Parlamentariern. Außerdem kann er Menschen motivieren, indem er sie einlädt oder auszeichnet. Und natürlich vertritt das Staatsoberhaupt die Bundesrepublik im Ausland.

A. D.: Lassen Sie uns zum Thema Armut kommen. Das Fazit des aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland“ ist: Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher! Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat in seinem Armutsbericht 2012 festgestellt, dass 2011 mit einer Armutsgefährdungsquote von 15,1 Prozent ein absoluter Höchststand seit der Vereinigung erreicht wurde. Wie bewerten Sie das?

J. G.: Bitte haben Sie Verständnis, dass ich keinen Bericht kommentieren kann, der jetzt, Anfang Januar, noch nicht veröffentlicht ist. Was ich aber sagen kann ist, dass ich froh darüber bin, wie intensiv sich die Wohlfahrtsverbände um die Lebenschancen benachteiligter Menschen kümmern.

Wenn wir uns dem Phänomen Armut in Deutschland nähern, dann müssen wir fragen: Sind die Menschen, die wir als Arme bezeichnen,

ausgeschlossen aus der Gesellschaft? Fällt es Ihnen schwerer, aktive Bürger zu sein? Haben sie von vornherein keine Chancen auf ein gutes Leben? Dort, wo wir diese Fragen mit Ja beantworten müssen, beginnt für mich das Problem. Der, der unten ist, muss hoch kommen können. Eine Vita wie die von Gerhard Schröder – gestartet in sehr bescheidenen Verhältnissen, Kanzler des größten Landes in Europa geworden – muss möglich sein – und zwar sehr viel öfter und sehr viel selbstverständlicher als zu Zeiten des jungen Schröders. Wenn wir es dauerhaft nicht schaffen, Kindern aus unterschiedlichen Elternhäusern wenigstens annähernd gleiche Chancen mit auf den Weg zu geben, dann läuft etwas ganz falsch. Eine meiner Grundüberzeugungen ist: Anstrengung muss sich lohnen. Aufstieg, Verbesserung der eigenen Lage – das muss möglich sein, unabhängig von der Herkunft, durch Einsatz in der Schule oder im Beruf. Woran ich allerdings nicht glaube, ist eine Gesellschaft, in der es allen Menschen gleich gut geht. Kein System garantiert Gleichheit. Es wird immer Unterschiede geben zwischen denen, die mehr und denen, die weniger haben. Hinnehmbar ist das allerdings nur so lange die Menschen gleiche Rechte haben, Staat und Gesellschaft sich um gleiche Chancen für alle bemühen und so lange Menschen nicht derart wenig Mittel zur Verfügung stehen, dass sie vom gesellschaftlichen Leben faktisch ausgeschlossen sind.

Es gibt einen demokratischen Ansatz, allzu große Unterschiede zu beheben: Über höhere Steuern für Bezieher höherer Einkommen einen Sozialstaat und so auch mehr Möglichkeiten für Arme zu schaffen.

A. D.: Die Nationale Armutskonferenz hat in ihrem „Schattenbericht 2012“ Lösungen eingefordert, um Menschen mit geringem Einkommen ein dem Grundgesetz entsprechendes Leben in Würde zu ermöglichen und diese Menschen am gesellschaftlichen Leben in Deutschland teilhaben zu lassen. Aber kann ein Mensch, der Hartz IV, Sozialhilfe oder eine kleine Altersrente bezieht, tatsächlich am gesellschaftlichen Leben teilhaben und dieses sogar gestalten?

J. G.: Vielleicht nicht so einfach wie ein wohlhabender Mensch. Aber auch der Mann oder die Frau in bescheidenen Verhältnissen können und sollen politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Prozesse in diesem Land mitgestalten. Zunächst mal sind Menschen Wähler. In freien Wahlen ist jede Stimme wertvoll. Wer nicht wählt, macht sich ohnmächtiger als er ist. Darüber hinaus sind Menschen imstande sich zu verbünden und gegen ungerechte Verhältnisse zu protestieren. Sie sind imstande, einer Partei beizutreten, sich gewerkschaftlich →